

1. Einleitung und Eingrenzung des Themas

„Demokratie leben heißt sich verantwortlich fühlen und sich einmischen.“¹
So lautet das Rahmenthema zur Aufgabe 4 („Texte lesen, auswerten und schreiben“) der Deutsch-Abschlussprüfung an Realschulen in Baden-Württemberg 2006. Am 03.05.2006, dem Tag der Deutsch-Abschlussprüfung, werden also die Abschlussklassen des Schuljahres 2005/06 auf der Grundlage von drei Impulstexten² und dem selbst erstellten Kompendium aufgefordert sein, sofern die jeweilige Fachlehrkraft die Aufgabe 4 nicht streicht³, im Rahmen einer Erörterung das Themenfeld „Demokratie leben“ im Sinne von „sich verantwortlich fühlen“ und „sich einmischen“ ausführlich darzulegen.

Erst zum dritten Mal seit 1998 – und davor 1987(!)⁴ – stehen somit das Demokratieprinzip und die damit verbundenen Partizipationsmöglichkeiten auch explizit als Thema in Rahmen der zentralen Deutsch-Abschlussprüfung an RS zur Auswahl.

Diese Arbeit steht im Schnittpunkt zwischen Politikwissenschaft, Politikdidaktik und Bildungspolitik, denn das Hauptziel dieser Arbeit besteht **erstens** darin, darzulegen, dass bereits die kommenden Entlassjahrgänge 2006 bis 2007, ungleich mehr noch die zukünftigen Entlassjahrgänge ab 2008, auf das „Prinzip Demokratie“ auf der normativen Basis des neuen Bildungsplanes gut vorbereitet sein sollten und dass sie **zweitens** in der praktischen Auseinandersetzung und Erfahrung - insbesondere mit den beiden ToPe SE und WVR - im Laufe ihrer Realschulzeit verstärkt an das „Prinzip Demokratie“ in exemplarischer Weise herangeführt werden, um dazu angeregt zu werden - jedoch auch, sich dazu aufgefordert zu fühlen! - als zukünftige Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu früheren Jahrgängen nachhaltiger und auf verschiedenen Ebenen am „Prinzip Demokratie“ teilzuhaben und mitzuagieren. Dabei soll – anhand politikwissenschaftlich relevanter, ausgewählter Aspekte – aufgezeigt werden, dass der neue Bildungsplan dieses **bewusst intendiert** und, am Beispiel der beiden o. g. ToPe, dafür auch **geeignet ist**.

Die „**Einführung in den Bildungsplan**“ von H. von Hentig wurde ausgewählt, weil sie – auf 13 Seiten, für alle Schularten identisch – wesentliche Begründungsstränge für den neuen Bildungsplan liefert, indem sie zentrale gesellschaftliche, didaktische, methodische und lernpsychologische Leitgedanken für die Bildungsplanreform vorstellt.⁵

¹ Ausführungsbestimmungen zur Abschlussprüfung 2006 an Realschulen in Baden-Württemberg vom 02.05. 2005, AZ: 34-6614.31/261 (MKJS Baden-Württemberg, nicht veröffentlicht – nur für den Dienstgebrauch)

² Siehe Anhang, S. 105 - 108

³ Die Schulen erhalten fünf Themen zur Auswahl, eines davon streicht die Fachlehrkraft.

⁴ Siehe: Realschule 2000. Abschlussprüfungsaufgaben mit Lösungen. Deutsch Baden-Württemberg 1986 -1999, hrsg. vom Stark-Verlag, Freising 1999, 13. (erg.) Auflage

⁵ Vgl. MKJS Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildungsplan 2004 Realschule, Ditzingen 2004, S. 7 - 19

Wie noch auszuführen sein wird, ist in ihr außerdem ein gewichtiger Anteil an politikwissenschaftlich relevanten Aspekten nachzuweisen.

Warum wurde die neue **Unterrichtskategorie ToPe** ausgewählt?

Eine lebendige Demokratie braucht Beteiligung! Dies ist n. m. A. zunehmend dann möglich, wenn schon in der Schule Betroffene vermehrt zu Beteiligten gemacht werden. Selbstorganisiertes und –verantwortetes Arbeiten in Projekten befördert demokratisches Handeln in der Schule und stellt somit eine unabdingbare Demokratie-Propädeutik für das Handeln in der Gesellschaft dar.

Als Mitentwickler von Projektkonzeptionen für die RS in Baden-Württemberg (siehe Fußnote 31, S. 10) und als Unterrichtspraktiker mit hinreichend Projekterfahrung stimme ich Herbert Gudjons völlig zu, wenn er schreibt:

„Wenn im Projektunterricht Schüler und Schülerinnen als gleichberechtigte Partner ernst genommen werden und zunehmend Selbstorganisation und Selbstverantwortung für den Verlauf unverzichtbar sind, so spiegelt sich darin die politische Wurzel des Projektgedankens unmissverständlich wider. Projektunterricht zielt damit auf demokratisches Handeln in Schule und Gesellschaft.“⁶

Die ToPe SE und WVR wurden ausgewählt, weil - wie noch darzustellen sein wird - solche politikwissenschaftlich relevanten Aspekte, z. B. Partizipation, bürgerschaftliches Engagement, Konsens und Konflikt u. a. in ihren jeweiligen Leitgedanken sowie in den Kompetenzen und Inhalten in herausgehobener Weise aufgenommen und umgesetzt werden.⁷

Nur am Rande kann auf die beiden anderen ToPe, TA und BORS, eingegangen werden (siehe Kapitel 2.2.1.).

Es soll nun im nächste Schritt dargelegt werden, was im Rahmen dieser Arbeit **ausgeblendet** wird:

Dies ist einerseits der neue Fächerverbund EWG (Erdkunde - Wirtschaftskunde – Gemeinschaftskunde) und andererseits das Fach Geschichte, das selbstverständlich auch vielerlei Bezüge zu und Schnittmengen mit politikwissenschaftlich relevanten Bereichen, Themen und Fragestellungen hat.

Des Weiteren bleiben auch die anderen Schularten hier ausgeschlossen.

Die Sichtung des vorliegenden Materials zum Thema „Jugend und Politik“ ergibt ein zwiespältiges Gesamtbild:

Im Rahmen dieser Arbeit kann das Material leider nicht grundsätzlich dargelegt und diskutiert werden. Ich beziehe es jedoch immer an den entsprechenden Stellen des inhaltslogischen Zusammenhanges mit ein.

Nachfolgend fasse ich im Sinne einer **Basis-Ausgangslage** einige unbestrittene Fakten und Tendenzen, welche für das oben beschriebene Hauptziel dieser Arbeit als gesellschaftlicher Ist-Zustand grundlegend sind, zusammen:

⁶ Herbert Gudjons: Handlungsorientiert Lehren und Lernen, Bad Heilbrunn 1997 (5. Auflage), S. 69

⁷ Vgl. MKJS Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildungsplan 2004 Realschule, a.a.O. S. 180 f. und 188 ff.

a)

Das **politische Interesse Jugendlicher nimmt kontinuierlich ab.**

Die 14. Shell-Jugendstudie konstatiert bei den 15- bis 24-Jährigen nur noch 34 %, die sich als politisch interessiert bezeichnen (im Vergleich dazu:

1999: 43 %, 1996: 47 %, 1991: 57 %) ⁸

Dieses mangelnde politische Interesse drückt sich wiederum in der geringen Wahlbeteiligung von Erstwählerinnen und –wählern ⁹ aus:

„Nach der *Repräsentativen Wahlstatistik*, welche bei der Bundestagswahl 2002 erstmals seit 1990 wieder durchgeführt wurde, wählten weniger Jugendliche, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte; d.h. die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 21-Jährigen lag bei 70,2 %; insgesamt lag sie bei 79,6 Prozent.“ ¹⁰

Beispielhaft sei hier als weiterer Beleg auch noch das entsprechende Verhältnis aus der Landtagswahl 2001 in Baden-Württemberg referiert:

Die Wahlbeteiligung betrug insgesamt 59,7 %, die Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen betrug hingegen nur 43,1 %. ¹¹

b)

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass **Bereitschaft zu einem Engagement im Sinne gesellschaftlicher Aktivitäten** durchaus hinreichend vorhanden ist:

52 % der 12- bis 25-Jährigen war in einem Verein aktiv, 25 % in einer Jugendgruppe oder –organisation, 19 % in der Kirchengemeinde oder einer kirchlichen Gruppe. ¹²

Die Zahlen für die im gebräuchlichen Sinne als „politisch“ Agierende zu kennzeichnenden jungen Menschen zeigen m. E. hingegen eher Beunruhigendes: Nur 5 % der o. g. Altersgruppe war bei Greenpeace, Amnesty International oder vergleichbaren Organisationen engagiert, nur 4 % in einer BI oder einem Bürgerverein tätig, gar nur 3 % Gewerkschafts- oder Parteimitglied. ¹³

38 % aller Realschüler waren in mindestens einem Bereich gesellschaftlich aktiv, davon 13 % in drei und mehr Bereichen. Allerdings bedeutet dies im Umkehrschluss, dass 62 % gesellschaftlich überhaupt nicht aktiv waren. ¹⁴

Diese Feststellung führt zu meiner nächsten Aussage:

⁸ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main 2004 (5. Auflage), S. 92

⁹ Zukünftig verwende ich – der Lesefreundlichkeit wegen - nur noch jeweils e i n e Form. Die jeweils ausgelassene Form soll dann als in der genannten Form eingeschlossen verstanden werden.

¹⁰ Vgl. Lothar Scholz: Beteiligung von Jugendlichen in der Demokratie, in: Jugendbeteiligung in der Demokratie, Themenblätter im Unterricht, Nr. 38, April 2004, hrsg. von der BpB, S. 1

¹¹ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 107

¹² Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 203

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 209

c)

Sofern es um **konkrete Probleme aus dem direkten Lebensumfeld oder Ausübung eines Hobbys** (Vereine!) geht, sind Jugendliche sehr bereit, sich zu engagieren, allerdings am liebsten mit der Option, auch kurzfristig aus diesem Engagement aussteigen zu können. Längerfristige Bindungen, vornehmlich an institutionalisierte oder hierarchisch strukturierte Politik-Akteure, z. B. Parteien, stoßen auf Distanz, Skepsis und wenig Vertrauen.¹⁵ Auf diese Art und Weise äußert sich die **Politik- und Parteienverdrossenheit**.¹⁶

d)

Mit der **Demokratie** sind 51 % der 12- bis 25-Jährigen „eher zufrieden“, 7 % sind „sehr zufrieden“. Zusammengefasst sind das also 58 %. Der Rest ist „eher unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“.¹⁷ Dieses Ergebnis muss nachdenklich stimmen! Auch wenn die Autoren der Shell-Studie davor warnen, „Politikverdrossenheit“ mit „Demokratieverdrossenheit“ gleichzusetzen und darauf hinweisen, dass „Unzufriedenheit mit der Demokratie“ umso wahrscheinlicher ist, je weniger Bildungs- und Ausbildungschancen ein Jugendlicher hat¹⁸, so ist m. E. die Tatsache, dass weniger als zwei Drittel der 12- bis 25-Jährigen offensichtlich eine positive Bindung und Loyalität zu unserer Staatsform und Verfassung haben, eher ein alarmierendes Signal.

Als „**Gegenprogramm**“ zu den o. g. Tatsachen und Erkenntnissen sind, z. T. seit geraumer Zeit, verschiedenste Formen, Aktionen und Projekte gesucht, angestoßen und auf den Weg gebracht worden.

Da eine umfassende oder gar abschließende Gesamtübersicht im Rahmen dieser Arbeit gar nicht möglich ist, folgt nun eine exemplarische Übersicht.¹⁹

a)

Jugendvertretungen jedweder Art (z. B.: Jugendgemeinderäte)

b)

Beteiligung von Jugendverbänden (z. B. LJR oder BJR) auf den entsprechenden politischen Systemebenen

c)

¹⁵ Vgl. Mathias Albert, Ruth Linssen, Klaus Hurrelmann: Jugend und Politik. Politisches Interesse und Engagement Jugendlicher im Lichte der 14. Shell Jugendstudie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 15/2003, hrsg. von der BpB, S. 3

¹⁶ Auch wenn Albert, Linssen und Hurrelmann hier von *PolitikerInnen-* und *Parteienverdrossenheit* sprechen (vgl. ebd.), ist m. E. der gebräuchliche Begriff schon rein sachlogisch nach wie vor angebracht. Politiker vertreten Politik und vermitteln für den jugendlichen Betrachter sein jeweiliges Bild von Politik. In der Wahrnehmung durch Jugendliche besteht hier oft eine – natürlich unreflektierte - direkte Gleichsetzung. Meine eigene langjährige Praxis als Gemeinschaftskundelehrer bestätigt dies.

¹⁷ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 101. Die Differenzierung in „Demokratie-Zufriedenheit Ost“ und „Demokratie-Zufriedenheit West“ muss hier vernachlässigt werden.

¹⁸ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 103

¹⁹ Einteilung „a“ bis „e“ nach: Lothar Scholz, a.a.O. S. 3 f.

freie **Anhörungsformen**, z. B. auf kommunaler Ebene

d)

Beauftragten-Modelle (Erwachsene treten ehrenamtlich für die Interessen von Jugendlichen ein)

e)

projektbezogene Beteiligungsformen

Zu e) möchte ich im Nachfolgenden **einige Beispiele** aufführen.

Hier sei zunächst das Projekt „mitWirkung!“ der Bertelsmann-Stiftung genannt, welches das Hauptziel hat, die Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen deutlich zu erhöhen.²⁰

In ähnliche Richtung, allerdings nicht hauptsächlich auf die kommunale Ebene bezogen, arbeitet das „Projekt P – misch dich ein“ (gemeinsames Projekt von BFSFJ, BJR und BpB). Hauptziel ist es, das Interesse von Kindern und Jugendlichen an politischen Themen zu wecken und diese zur Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen anzuregen.²¹

Weiterhin genannt werden soll das Projekt „Education for Democratic Citizenship“ (EDC) des Europarates (seit 1997), an dessen Umsetzung auch das MKJS beteiligt ist. Das Ministerkomitee des Europarates hat außerdem das Jahr 2005 als „Europäisches Jahr der Demokratieerziehung“ ausgerufen, dessen Ziel es ist, „Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Teilnahme am demokratischen Leben zu ermutigen und sie dafür zu begeistern.“²²

Genau dasselbe Ziel - bezogen auf Kinder und Jugendliche - weist das Projekt „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (unter Mitwirkung des BMBF) aus.²³

Die Aufzählung ließe sich noch lange fortführen, insbesondere, wenn man den Fokus nicht auf „Jugend / Jugendliche“ richtet. Beispielhaft nenne ich hier: das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die BpB, die LpB, die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (bis 2002) und den Bundestagsunterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“.

²⁰ Vgl. www.mitwirkung.net (Seite aufgerufen am 22.05.2005)

²¹ Vgl. www.bpb.de/veranstaltungen/W3GS1Q.html (Seite aufgerufen am 23.05.2005)

²² Demokratie lernen und leben. Das europäische Jahr der Demokratieerziehung 2005. www.km-bw.de/servlet/PB/-s S.1 (Seite aufgerufen am 24.05.2005)

²³ www.blk-demokratie.de (Seite aufgerufen am 23.05.2005)

Es ist also zusammenfassend festzuhalten, dass sich viele Gremien, Organisationen, Institutionen, Einzelprojekte, Netzwerke usw. mit dem Thema beschäftigen, um den weiter oben ausgeführten Tatsachen und Tendenzen massiv entgegenzuwirken. Aus der Fülle der einschlägigen Fachliteratur lässt sich ableiten, dass das Themenfeld „Jugend und Politik / Demokratie“ bestens wissenschaftlich begleitet und empirisch untersucht ist.²⁴

Welchen Stellenwert hat aber nun Schule als Institution in diesem Zusammenhang? Die Antwort liegt nahezu auf der Hand und ist aus der Erkenntnis, dass Schule eine der prägenden Sozialisationsinstanzen ist, abzuleiten.²⁵

Schule ist in mehrfacher Hinsicht für das bürgerschaftliche Engagement zentral wichtig. Als Lernort muss sie jedoch erst wiederentdeckt oder gar ganz neu entdeckt werden. Überdeutlich und pointiert wird dies in einer zentralen Aussage von drei Sachverständigen und der Obfrau (SPD) der o.g. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Ausdruck gebracht:

„Bislang ist in unseren pädagogischen und sozialen Organisationen und Institutionen die Frage der biografischen Herausbildung bürgerschaftlicher Kompetenzen und Fertigkeiten vernachlässigt worden. Es muss also darum gehen, pädagogische und soziale Institutionen, wie etwa...Schulen...derart umzugestalten, dass die Entwicklung sozialmoralischer Motive des Gemeinsinns und sozialer Kompetenzen...ein stärkeres Gewicht erhält...Wenn also das Bildungsziel des mündigen Bürgers in einer demokratischen Gesellschaft ernst genommen werden soll, dann gehört es auch zum schulischen Bildungsauftrag, Wertorientierungen und Handlungsdispositionen wie Gemeinsinn, Verantwortungsübernahme und wechselseitige Rücksichtnahme zu entwickeln. Pädagogische Institutionen...sind daher aufgefordert, Räume und Gelegenheiten bereitzustellen, um Engagement zu lernen, selbst ein Engagement auszuprobieren und Engagementrollen einzuüben.

Für die *Schule* bedeutet dies etwa eine Strategie der inneren und äußeren Öffnung. Innere Öffnung zielt darauf ab, durch neue Formen des Unterrichts und Lernens Prinzipien wie Handlungsorientierung und eigentätiges Lernen zu stärken und dabei Erfahrungen der Verantwortungsübernahme und des Lernens an realen Handlungs- und Entscheidungssituationen zu ermöglichen. Äußere Öffnung...bedeutet eine verstärkte Einbettung der Einzelschule in das umliegende Gemeinwesen. Durch die enge Zusammenarbeit von Schule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren...können...Möglichkeiten des Lernens an Aufgaben mit Ernstcharakter geschaffen werden.“²⁶

²⁴ Vgl. z. B. die Literaturzusammenstellung in: Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, a.a.O. S. 453 – 457 oder insbesondere in Ingrid Burdewick: Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S. 292 - 307

²⁵ Vgl. hierzu auch: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, S. 262 - 265

²⁶ Adalbert Evers, Karin Kortmann, Thomas Olk, Roland Roth: Engagementpolitik als Demokratiep Politik. Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft, in: Georg Lohmann (Hrsg.): Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West, Frankfurt am Main 2003, S. 155 f.

Ich stelle nachfolgend nochmals die Schlussfolgerungen, die als Forderung an die Schulen zu verstehen sind, akzentuiert heraus:

- a) Die Entwicklung von Gemeinsinn und sozialen Kompetenzen müssen stärkeres Gewicht erhalten.
- b) Zum schulischen Bildungsauftrag gehört die Entwicklung von Werteorientierungen und Handlungsdispositionen wie Gemeinsinn, Verantwortungsübernahme und Rücksichtnahme.²⁷
- c) Schulen müssen deshalb bewusst Gelegenheiten schaffen, in denen Engagement „gelernt“ werden kann. Dieses soll geschehen durch das Kennenlernen von Engagementfeldern und –formen, das Ausprobieren von Engagement und das Einüben von solchen Engagementrollen.

Sehr aufschlussreich ist es, hier die Gegenfrage zu stellen:

In welchem Maße wird auf der institutionalisierten Ebene der politischen Gremien und Akteure denn wahrgenommen, dass im Bereich der RS des Bundeslandes Baden-Württemberg eine Entwicklung stattfindet, die **genau** diesen Forderungen entspricht und die darin gesetzten Ziele realisiert?

Dass das MKJS als oberste Dienstbehörde für den Schulbereich dieses wahrnimmt, ist selbstverständlich. Unter Ausblendung dieser Tatsache sieht die Erkenntnislage allerdings nicht so positiv aus. Vier Belege hierzu:

Schulen sind im **Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**

(Federführung: Stabsstelle Bürgerengagement im MAS) **nicht** dauerhaft vertreten.

Auf eine Anfrage per Mail rief der Leiter der Stabsstelle, Herr Pfeiffer, am 03.06.2005 persönlich bei mir zu Hause an.²⁸

Im **1. Wissenschaftlichen Landesbericht zum Bürgerschaftlichen Engagement** finden sich zwar diverse Formen jugendlichen Bürgerengagements (Kapitel 1.2.3. und 2.1.), ein eigenes Kapitel über die Schulen fehlt aber²⁹, obwohl ToP WVR seit dem Schuljahr 2001/02 an den RS im Land - als Vorläufermodul des neuen Bildungsplanes - verpflichtend eingeführt wurde³⁰ und viele ToP-WVR-Projekte der vergangenen Jahre einen erheblichen Anteil an bürgerschaftlichem Engagement aufwiesen.³¹

²⁷ Es ist hier besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass Evers, Kortmann, Olk und Roth dieses explizit dem **Bildungsauftrag** subsumieren und keinen Bezug zum Erziehungsauftrag nehmen!

²⁸ Er bestätigte, dass der Stabsstelle zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt war, dass an den RS des Landes seit 01.08.2004 ToP SE ein Pflichtprojekt ist, auch haben Schulen noch keine Projekte auf der Ebene des Landesnetzwerkes vorgestellt. Das MKJS ist zwar in der interministeriellen Arbeitsgruppe Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement über das Landesbüro Ehrenamt vertreten, jedoch **n i c h t** die Schulreferate des MKJS. Herr Pfeiffer beabsichtigt, meine Anfrage zum Anlass zu nehmen, diesbezüglich auf die Schulreferate im MKJS zuzugehen, außerdem bat er um Übersendung der ToP SE-Dokumentation der RS Blumberg.

²⁹ Vgl. 1. Wissenschaftlicher Landesbericht zu Bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg in den Jahren 2002 und 2003, hrsg. vom MAS Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. VI f.

³⁰ Auf freiwilliger Basis bereits **seit dem Schuljahr 1997/98 flächendeckend!**

³¹ Dieses kann ich als ehemaliger Beauftragter des (damaligen) Oberschulamtes Freiburg für ToP WVR sowie Mitglied der Projektgruppe ToP WVR im MKJS aus eigener Erkenntnislage hinlänglich bestätigen. Weitere Ausführungen dazu siehe Kapitel 2.3.

Das **BFSFJ** (Referat 211, Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenprogramme, Freiwilligengesetz) zeichnet zwar zum Thema „jugendliches Engagement“ beispielhaftes ehrenamtliches Engagement im Bereich der Jugendarbeit aus, gemeinsam mit der KMK und der Jugendpresse Deutschland e. V. auch die Arbeit und Leistung von Schülerzeitungsredaktionen, zum momentanen Zeitpunkt aber keine Beiträge zum Thema, die direkt aus dem Unterrichtskontext erwachsen.³²

Der **Bundestagsunterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“** hat – nach Aussage von Frau Wenger - erstmalig im März 2005 schulische Repräsentanten als sachverständige Experten geladen.³³

Mit dieser Arbeit soll also auch eine offensichtlich (noch) vorhandene Lücke geschlossen werden. Denn indem ich aufzeigen und darlegen werde, dass mit der neuen Unterrichtskategorie ToPe - am Beispiel von SE und WVR - an RS in Baden-Württemberg genau jene von Evers, Kortmann, Olk und Roth geforderten Punkte (siehe S. 9 f.) verfolgt und realisiert werden, kann auch eine Rückkopplung zu diesen politischen Akteuren erfolgen.³⁴

Zu klären sind nun noch die **Bedeutungsinhalte der Kernbegriffe des Themas** dieser Arbeit sowie die im Hauptteil verwendeten **fachwissenschaftlichen Begriffe**.

Der Kernbegriff **Untersuchung** ist wie folgt zu verstehen: Es geht in dieser Arbeit um das Feststellen von normativen Aussagen (des Bildungsplanes) und um das deskriptive und interpretierende Darstellen von Absichten, Zusammenhängen und praktischen, beispielhaften Umsetzungen.

Politikwissenschaftliche Sicht bezieht sich darauf, dass die in den Einzelkapiteln in den Blick genommenen „ausgewählten relevanten Aspekte“ solche sind, die in der fachwissenschaftlichen Literatur und Diskussion als Strukturierungshilfe oder zur Kategorienbildung dienen bzw. die als politikwissenschaftliche Grundbegriffe gelten. Kontroversen der Wissenschaftstheorie oder die jeweils unterschiedliche Verwendung solcher Begriffe durch die verschiedenen Modelle der Politikwissenschaft (normativ-ontologisch, historisch-dialektisch, empirisch-analytisch, autopoietisches Systemmodell³⁵) werden hier – da nicht sachdienlich - vernachlässigt.

³² Siehe Anhang, S. 109: Ausriss eines Schreibens des Referatsleiters, Dr. Martin Schenkel, an Frau Wenger.

³³ Beate Müller (Referat Realschulen des MKJS) sowie Monika Wenger, Lehrerin an der RS Donaueschingen und zugleich Beauftragte des Regierungspräsidiums Freiburg, Abteilung 7, für ToP SE;

³⁴ Es ist beabsichtigt, dem Vorsitzenden des Bundestags-Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Herrn Dr. Michael Bürsch (bzw. seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin), eine Mehrfertigung dieser Arbeit zur Verfügung zu stellen.

³⁵ Vgl. Thomas Meyer: Was ist Politik? Opladen 2003 (2. Auflage), S. 25 - 31

Ich setze Nominaldefinitionen, die im Wesentlichen der Rezeption von zwei Standardwerken entspringen.³⁶ Da ich jedoch die jeweilige Definition in eigenen Worten formuliert und auf mein Verständnis angepasst und abgeändert, erweitert oder gekürzt habe, taucht in der entsprechenden Fußnote die Belegstelle unter „Vgl.“ auf.³⁷

Gesellschaft bezieht sich auf alle Akteure der Politics-Dimension. Dies reicht von den Individuen unseres Gemeinwesens über die Familienverbände, die staatlichen Institutionen (z. B. Justiz, öffentliche Verwaltung, Parlament/-e), die Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften bis hin zu den einzelnen Unternehmen des primären, sekundären und tertiären Wirtschaftsbereiches sowie den Medien.

Globalisierung meint die zunehmende Verflechtung von Kulturen, Staaten, Gruppen, nationalen und transnationalen Organisationen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene bei gleichzeitig erhöhter Dichte an Echtzeitkommunikation, was zur - tatsächlichen und gefühlten - Schrumpfung des Raumes führt.

Folgen sind u.a. erhöhte Migrationsbewegungen, Zunahme der sozialen Gefälle sowie die Tatsache, dass transnationale Entscheidungen, die wegen der immer größer werdenden Regelungseinheiten (z. B. EU, UNO) zunehmen, oftmals nationale Auswirkungen haben, welche von den politischen Akteuren im nationalen Rahmen nur noch umgesetzt werden können und die von der entsprechenden Bevölkerung aus diesem Grunde als negativ empfunden werden.³⁸

Bürgerrolle ist in dem Sinne zu verstehen, dass die über 18-Jährigen ihre Rechte und Pflichten als Mitglied unserer demokratischen Gemeinschaft kennen und sie aktiv wahrnehmen und ausüben.

Partizipation bezeichnet alle demokratischen, legalen Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung durch die Bürgerinnen. Gemeint sind sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Beteiligungsformen.³⁹ Sie reichen von politischem Diskutieren über die Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts bis hin zur Mitwirkung in Bürgerinitiativen oder einer ehrenamtlichen karitativ-sozialen Tätigkeit.

Die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten als Bürger begründet auch in besonderem Maße die Identifikationsbildung mit bzw. die Loyalitätsbindung zu den unterschiedlichen politischen Systemebenen bzw. Regelungseinheiten und zu unserer staatlichen Grundordnung.

Identität bedeutet hier, dass die Bürger sich selbst als wesentlichen Bestandteil unseres politischen Systems realisieren.

³⁶ Dieses sind: Thomas Meyer: Was ist Politik? Opladen 2003 (2. Auflage) und Hiltrud Naßmacher: Politikwissenschaft, München 2004 (5. bearb. u. erw. Auflage) Nachfolgend nur noch Beleg in Kurzform.

³⁷ Ich verzichte auf eine Nominaldefinition des Begriffes „Individuum“.

³⁸ Vgl. Thomas Meyer, a.a.O. S. 252 f.

³⁹ Vgl. Hiltrud Naßmacher, a.a.O. S. 25 - 28